

L'ÉTAT C'EST MOI!



Digitaler Gesellschaftsvertrag ersetzt den Staat

HANNES GRASSEGGER

In der Zukunft wird jeder von uns sein eigener Staat sein. Unser Geschäft mit dem Staat ist heute dieses: Er gibt uns den Pass und damit die Identität, die wir brauchen, um unser Leben zu führen, uns frei zu bewegen und etwas besitzen zu können. Dafür zahlen wir Steuern und unterwerfen uns seinen Regeln. Das ist das Ergebnis des Westfälischen Friedens von 1648, der Schluss machte mit der Idee des einen, allumfassenden heiligen Reiches und stattdessen Souveränität auf mehrere Staaten verteilte. Weil es jetzt viele Reiche gab, mussten die Staaten bestimmen, welche Menschen zu wem gehörten. Sie bekamen Identitäten.

Hier liegt das Problem im heutigen Zeitalter, in dem alles ins Fließen gekommen ist – vor allem die Idee der Identität. Auf eine Art ist der Staat eine riesige Identitäts-Verwaltungsmaschine, und es deutet sich an, dass derzeit andernorts effizientere, offenere und widerstandsfähigere Datenverwaltungsmaschinen entstehen. Denn so wie früher das eine Reich nicht mehr aufrechtzuerhalten war, könnte sich zeigen, dass die Staaten nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Um ihr Bestehen zu sichern, müssen sie unsere Freiheiten langfristig so stark einschränken, dass unser Geschäft mit ihnen letztlich nicht mehr stimmt. Der neue Staat hat daher keinen Ort mehr, und mit Heimat nichts zu tun. Heimat ist ein Gefühl, das ohne Staat auskommt.

Stellen Sie sich einmal vor, all die persönliche Informationen sammelnden und Profile bildenden, global-digitalen Identitäts-Verwaltungsapparate wie Facebook, Google oder Tencent beginnen, uns zu ermöglichen, was bislang nur staatliche Identitäten bieten: Am Airport einchecken, Hausbesitz eintragen, Sicherheitskräfte rufen und so weiter.

Im Gegensatz zum staatlichen System wäre dieser Service weltweit verfügbar: Wer bei einem solchen Serviceprovider Bürger ist, kann grundsätzlich überall roamen. Er ist ein Weltbürger. Die alten, territorialen Staaten werden zu so etwas wie AirBnB-Appartements. So lange man da ist, zahlt man einfach eine Nutzungsgebühr. Souveränität, der Staat, wird maximal dezentralisiert werden. Auf vielen Rechnern gleichzeitig abgespeichert. Überall und Nirgendwo.

In der Finanzwelt beginnt sich gerade ein derart dezentralisiertes System zur Speicherung von Identitäten und zum Austausch von Werten digital zu etablieren. Es heisst Blockchain und manche glauben, es könne irgendwann Banken und staatliches Geld ablösen.

Gehen wir einen Schritt weiter: Sagen wir, die oben genannten Staats-Provider sind Firmen, die im Wettbewerb um Kunden stehen. Sie unterscheiden sich in mancher Weise. Um zwischen ihnen wechseln zu können, sind Menschen ausgestattet mit einer digitalen Identität, die Kerndaten enthält – in heutigen Worten Informationen wie: Geburtsurkunde, Strafregister, Schufa-Auskunft etc. Plus: Jeder von uns hätte dort seine Ansprüche an einen Staat formuliert, so wie wir unsere Präferenzen auf Smartphones oder Social Media-Accounts einstellen – und gelegentlich aktualisieren. Die digitale Identität ist immer mit uns, wie in einer Cloud gespeichert.

Die Serviceprovider sind hauptsächlich Verwaltungsmaschinen. Sie helfen Kollektivität, wo benötigt, zu organisieren. Explizite Gesetze werden sie kaum verfassen. Wenn wir Andere physisch oder sonstwie treffen, würden sich unsere Präferenzen synchronisieren. Sie würden auf Übereinstimmung und Widersprüche geprüft. Dann wird automatisiert ausgehandelt, an welche Regeln wir uns gemeinsam halten und wer diese Regeln im Streitfall durchsetzt. So entsteht ein Gesellschaftsvertrag. Der klumpenförmige, vage, alte Gesellschaftsvertrag ist Ballast geworden. Explizit personalisierte Gesellschaftsverträge werden ihn ersetzen und Klarheit schaffen über die Regeln des Miteinander. ■

„Vielleicht schaffen wir es, Systeme zu bauen, die so wenig Entscheidungsmöglichkeiten zulassen, dass Menschen keine Dummheiten mehr begehen können.“

Christopher Mims
Technik-Kolumnist
beim *Wall Street Journal*

Fließbandjob des Grauens

Nutzer auf Facebook posten nicht nur Belangloses wie ein Abendessen oder Urlaubsgrüße. Täglich tauchen Gewaltvideos, Kinderpornos oder Hasskommentare auf der weltweit genutzten Social-Media-Plattform auf. Wie geht der IT-Gigant mit solchen Inhalten um, was wird nach welchen Kriterien von wem gelöscht?

Diesen Frage sind die *SZ*-Autoren Till Krause (Bild li.) und Hannes Grassegger (Mitte) nachgegangen und sind bei ihrer hartnäckigen Recherche im Berliner Lösch-Zentrum auf eine verstörende Welt gestoßen: Von Geheimhaltungsklauseln eingeschüchtert, müssen die Mitarbeiter einen „Fließbandjob des Grauens“ erledigen. Besonders schockiert hat die Autoren „die enorme psychische Belastung, die so ein Job mit sich bringt“.

Ihre Reportage erschien im *SZ-Magazin* unter dem Titel „Im Netz des Bösen“ und schlug hohe Wellen; Facebook sah sich gezwungen, die Löscharbeiten mitarbeiterfreundlicher zu gestalten und auch dafür zu sorgen, dass traumatisierte Mitarbeiter psychologisch betreut werden. Die Recherche hat zudem dazu beigetragen, dass der Bundestag das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz gegen Hasskriminalität im Internet beschlossen hat.

„Das ist preiswürdig“, meinte die Jury des Hermann-Schulze-Delitzsch-Preises, den die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken jährlich vergeben. Jürgen Gros (r.), Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, überreichte bei einem Festakt im Münchner Literaturhaus die mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung.



Foto: Genossenschaftsverband Bayern e.V.



Foto: Sebastian Magnani

Hannes Grassegger, 37, ist Reporter und Ökonom. Er schreibt in internationalen Magazinen über die Digitalisierung unserer Gesellschaft. 2014 erschien sein Buch „Das Kapital bin ich – gegen die digitale Leibeigenschaft“. Der gebürtige Garmisch-Partenkirchen lebt in Zürich und erregte Aufsehen mit der Reportage im *SZ-Magazin* über die Arbeitsbedingungen bei Facebook in Berlin.